

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 78 Mark

Nr. 39.

Charlottenburg, Freitag, den 29. September 1922.

49. Jahrg.

Ein porzellanindustrielles Ereignis.

Die größte Tunnelofenfabrik Deutschlands.

Die Porzellanindustrie ist in ihrer Gesamtheit noch nicht allzu stark mit der Technik vorwärts gekommen. Vor allem das Brennen des Porzellans — zum Brennen von 1 Kilogramm Porzellan sind 5 Kilogramm Kohlen nötig — verschlingt ungeheure Werte, weil nur die rohe Heizkraft der Kohle und nicht auch deren Nebenprodukte Verwendung findet. In unserer heutigen armen Wirtschaft ist dies Verschwendung von Volksgut. Wie die Verschwendung infolge ungenügender technischer Erfassung zum Ausdruck kommt, mögen einige Zahlen beweisen. In den ersten vier Monaten des Jahres 1922 erzeugten die im Verband der Porzellangeschirrfabriken zusammengeschlossenen Betriebe nach ihren Angaben 25 874,81 Tonnen Geschirr ohne Bruch. Dazu wurden nach obigem Grundsatz 129 394,05 Tonnen Kohle verbraucht, ohne daß die wertvollen Nebenprodukte gewonnen wurden. Wenn man die Summe eines Jahres in Betracht zieht und die Geschirrfabrikation als Hälfte der Gesamt-Porzellanproduktion berechnet, so benötigt die Porzellanindustrie für sich einen Jahresverbrauch von 1 295 764,30 Tonnen Kohle. Das ist eine ganz ansehnliche Menge, von der beträchtliche Werte einfach beim Brennen des Porzellans in die Luft gepulvert werden.

Die Porzellanfabrik Fraureuth, A.-G. in Sachsen, ist nun dazu übergegangen, den Verbrauch der sehr teuren Kohle beim Brennen des Porzellans durch technische Neueinrichtungen einzuschränken. Sie hat einen Teil ihrer Kiesenüberschüsse verwendet, um ein neues System von Brennöfen, die sogenannten Tunnelöfen, einzurichten. Ueber den Bau der Öfen und der dazu notwendigen neuen Fabrikanlage in Fraureuth enthält die bürgerliche Handelspresse Angaben, die auch für unsere Kollegen und Kolleginnen wertvoll sind; denn die Einführung dieser Tunnelöfen ist von weittragender Bedeutung für unsere Industrie.

Die neue Fabrikanlage wird mit 3 Tunnelöfen von je 75 m Länge ausgestattet. Der erste dient zum Verglühen, der zweite zum Scharf- und der dritte zum Fertigbrennen. Die Zeit eines Brandes wird mit 40 Stunden berechnet. Das Brennen geschieht jedoch nicht wie bei den alten Öfen mittels Kohlenfeuer, sondern durch Generatorgas. Das Gas erzeugt die Fabrik in eigenen Braunkohlengeneratoren. Sie gewinnt dabei alle Nebenprodukte und erspart dabei noch 40 Proz. Kohlen. Das ist bei den hohen Kohlenpreisen ein sehr ins Gewicht fallender Umstand. Noch mehr jedoch, wenn man bedenkt, daß das Unternehmen von der böhmischen Kohle unabhängig wird. Gewöhnlich wird gerechnet, daß zum Brennen des Porzellans $\frac{1}{3}$ böhmische Kohle verwendet wird, die zu hohen Valutapreisen — ein Waggon wird nach einer Unternehmerdenkschrift beim durchschnittlichen Kronenstand von 50 Mark zu 250 000 M. berechnet — gekauft werden müssen. Die Unabhängigkeit von ausländischen Kohlen würde also für das Werk eine wesentliche Ersparnis bedeuten und die Erzeugungskosten des Porzellans bedeutend vermindern.

Die Neuanlage des Betriebes ermöglicht ferner noch eine Verminderung der Produktionsaufwände durch eine praktische Gliederung und Aneinanderreihung des Arbeitsprozesses nebeneinander, also ein schnelles Hand-in-Handarbeiten. Die Schätzung von Generaldirektor Dr. Singer in dieser Beziehung geht da-

hin, daß er mit einer Arbeiterzahl von 500 eineinhalbmal mehr erzeugen will, als im alten Betrieb mit seinen 8 Rundöfen und 800 Arbeitern. Wenn diese geschätzte Erzeugungsmehrung Tatsache und nicht auf Kosten der Beschäftigten geschehen würde, wäre das ein äußerst begrüßenswerter technischer Fortschritt, der dem neuengerichteten Unternehmen sehr zustatten kommen würde.

In dieser neuen Abteilung soll überwiegend Schiffs- und Hotelgeschirr hergestellt werden. Sie erfordert selbstverständlich einen bedeutenden Kostenaufwand, der zur Verfügung stehen muß. Der Berichterstatter der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ hat deshalb in seinem Reklameartikel für das Fraureuther Unternehmen mehr Wert auf die Zahl und Kosten der Ziegelsteine und auf die Höhe der Arbeitslöhne gelegt als auf das wesentliche für die Industrie. Dr. Singer hat zur Geldbeschaffung seine Aktionäre zusammengerufen und in einer außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Stammkapitals der Gesellschaft von 10 $\frac{1}{2}$ auf 16 Millionen Mark annehmen lassen. Von den neuen Aktien erhalten die Aktionäre $3\frac{1}{2}$ Millionen Mark im Verhältnis: für eine alte drei neue zu 760 Proz.; 2 Millionen Mark bleiben in den Händen der Verwaltung zur weiteren späteren Verfügung. Die paar Millionen reichen trotzdem nicht aus, und es muß ein anderer ziemlich starker finanzieller Rückhalt das Unternehmen stützen. Die Ueberschüsse der letzten Jahre waren ja bedeutend, aber ob davon alle jetzigen Geldaufwände gedeckt werden können, ist noch fraglich. Immerhin ist im Gegensatz zu anderen Unternehmen begrüßenswert, daß Ueberschüsse zur technischen Ausgestaltung des Betriebes Verwendung finden.

Welche finanziellen Kreise hinter dem Fraureuther Unternehmer stehen, ist nicht allgemein bekannt. Nur das eine ist sicher: wenn die von Dr. Singer aufgestellten und berechneten Erwartungen tatsächlich eintreten, wird Fraureuth einen Vorsprung im Profitnehmen in der gesamten Porzellanindustrie haben und alle Konkurrenz aus dem Felde schlagen.

Die anderen Werke werden dann ebenfalls mit dem technischen Fortschritt gehen müssen. Ferner wird das wilde Gründen von „Schwindjuchtsbuden“ aufhören müssen und die Erzeugung von Schund eine Einschränkung erleiden. Mit diesem Werdegang wird der Qualitätsware die Bahn mehr geöffnet und für Deutschland die Möglichkeit geboten, durch Produktionsmehrung und Konkurrenzverdrängung wirtschaftliche Vorteile zu erringen. Die Arbeiterschaft darf jedoch auch nichts unversucht lassen, an diesen Fortschritten der Technik ihren Anteil zu sichern; denn sie gibt allem erst Inhalt und Leben. Arbeitende, seid auf dem Damm!

Das neue Arbeitsnachweisgesetz.

Das Arbeitsnachweisgesetz tritt am 1. Oktober d. J. in Kraft. Gleichzeitig werden einige Bestimmungen des Stellenvermittlergesetzes und der Gewerbeordnung aufgehoben, weil sie den Bestimmungen des neuen Gesetzes widersprechen würden.

Ungefähr 5 Monate haben sich Reichswirtschaftsrat und Reichstag mit der Vorlage des Arbeitsministeriums abgemüht. Was der erstere nach langen Kämpfen an ihr verbessert hat, das hat der Reichstag in schnelleren Entschlüssen wieder beseitigt. Das Ergebnis ist dementsprechend ein recht dürftiges und wird

Mitglieder! Wahrt eure Rechte durch pünktliche Beitragszahlung!

In der Woche vom 25. September bis 1. Oktober ist der 39. Beitrag fällig.

nur wenige befriedigen. Sagt doch selbst einer seiner Schöpfer, daß fast jede Vorschrift des Gesetzes von dem Entwurfe abweicht, den die Regierung im August 1920 vorgelegt hat. Nur sagt er nicht, daß es verbessert worden sei.

Der öffentliche Arbeitsnachweis soll in Zukunft im Vordergrund der Stellenvermittlung stehen. Ob er sie in absehbarer Zeit beherrschen wird, wird ganz davon abhängen, ob es ihm endlich gelingen wird, gewisse bürokratische Hemmnisse zu überwinden und die Konkurrenz der weiter bestehenbleibenden Nichtgewerbmäßigen und Gewerbemäßigen im freien Wettbewerb zu beseitigen. Von den Anstrengungen der öffentlichen Arbeitsnachweise allein wird das freilich nicht abhängen.

Beim Aufbau des öffentlichen Arbeitsnachweises haben wir drei Stufen zu beachten: 1. Öffentliche Arbeitsnachweise (mit Fachabteilungen); 2. Landesämter für Arbeitsvermittlung; 3. das Reichsamt für Arbeitsvermittlung.

Die öffentlichen Arbeitsnachweise (öff. A.) gehen aus den bisher von den Gemeinden oder Gemeindeverbänden unterhaltenen Arbeitsnachweisen hervor und werden nach Bedarf neu errichtet. Jede Gemeinde muß von einem öff. A. erfasst werden, und in der Regel soll im Bezirke jeder unteren Verwaltungsbehörde ein öff. A. vorhanden sein. Die öff. A. werden von den Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden errichtet und verwaltet. Zu letzterem Zwecke erhalten sie einen Verwaltungsausschuß, der aus dem Vorsitzenden des Arbeitsnachweises (oder einem seiner Stellvertreter) und mindestens je drei Arbeitgebern und Arbeitnehmern als Beisitzern besteht. Unter den Beisitzern sollen sich auch Frauen befinden.

Die Vorsitzenden der öff. A. werden von den Gemeinden nach Anhörung des Verwaltungsausschusses bestellt und dürfen ohne dessen Zustimmung weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein. Die Beisitzer (und ihre ebensovielen Stellvertreter) bestellt ebenfalls die Errichtungsgemeinde. Sie ist aber dabei an Vorschlagslisten der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gebunden. Wenn mehrere Vorschlagslisten vorliegen, so sind die Arbeitgeberseite nach der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer, die Arbeitnehmerseite nach der Zahl der Mitglieder der vorschlagenden Vereinigungen zu verteilen. Dabei sind Minderheiten billig zu berücksichtigen. — Beisitzer müssen 24 Jahr alt sein und mindestens seit sechs Monaten im Bezirk einer der Errichtungsgemeinden wohnen.

Geschäftsführer und Arbeitsvermittler werden von der Gemeinde auf Vorschlag des Verwaltungsausschusses bestellt. Die Vorschlagslisten dürfen für jede Stelle nicht weniger als zwei Bewerber enthalten. Die Beamten sind durch privatrechtlichen Dienstvertrag auf Grund einer Dienstordnung anzustellen.

Fachabteilungen und Abteilungen für Angestellte sind bei den öff. A. nach Bedarf zu bilden. Verwandte Berufsgruppen können in eine Fachabteilung zusammengefaßt werden. Für die Fachabteilungen sind Fachausschüsse zu bilden, die in den besonderen Fachangelegenheiten den Verwaltungsausschuß ersetzen und so wie dieser zusammengesetzt sind.

Die Landesämter für Arbeitsvermittlung werden für Länder, Provinzen oder andere größere Bezirke errichtet und sind die sachlichen Aufsichts- und Beschwerdestellen gegenüber den öff. A. Sie haben den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage zwischen den einzelnen Arbeitsnachweisen zu fördern. Sie können ihre Tätigkeit auch auf die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung erstrecken (genau wie die öff. A.).

Auch bei den Landesämtern können Fachabteilungen errichtet werden, denen dann die Arbeitsvermittlung in ihrem Bezirke mit obliegt.

Auch die Landesämter erhalten Verwaltungsausschüsse, bestehend aus einem Vorsitzenden, einem Stellvertreter und mindestens je vier Arbeitgebern und Arbeitnehmern als Beisitzern und ebensoviel Vertretern der Errichtungsgemeinden. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer werden durch die entsprechenden Abteilungen des Bezirkswirtschaftsrats gewählt. Solange dieser nicht besteht, erfolgt die Wahl durch die obersten Landesbehörden auf Vorschlag der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Bezirkes.

Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung ist die Aufsichtsbehörde für die Durchführung des Arbeitsnachweisgesetzes. Es hat nach Anhörung der öffentlichen Berufsvertretungen und wirtschaftlichen Vereinigungen allgemeine Grundsätze für die Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung aufzustellen und deren Durchführung zu überwachen. Es hat ferner die Anwerbung, Vermittlung und Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer zu regeln und zu überwachen.

Auch beim Reichsamt können Fachabteilungen errichtet werden, denen dann die Arbeitsvermittlung obliegt.

Das Reichsamt erhält einen Verwaltungsrat, bestehend aus dem Präsidenten des Reichsamtes oder seinem Stellvertreter als

Vorsitzenden sowie aus mindestens je vier Vertretern der öffentlichen Körperschaften, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Weitere Sachverständige können als ständige Gutachter mit beratender Stimme hinzugezogen werden. Die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden von den betreffenden Abteilungen des Reichswirtschaftsrats gewählt.

Die Vermittlung ist unentgeltlich. Sie hat unparteiisch und ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einer Vereinigung zu erfolgen. Freie Stellen sind durch möglichst geeignete Arbeitskräfte zu besetzen. Dabei sind die besonderen Verhältnisse der freien Arbeitsplätze, die berufliche und körperliche Eignung, die Familienverhältnisse und die Dauer der Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen, soweit die Lage des Arbeitsnachweises es gestattet. Die Frage nach der Zugehörigkeit zu einer Vereinigung ist, soweit es sich nicht um politische, gewerkschaftliche, militärische, konfessionelle und ähnliche Betriebe handelt, untersagt. Eine ungünstige Kennzeichnung von Arbeitnehmern zum Zwecke der NichtEinstellung ist den Arbeitsnachweisen untersagt.

Soweit ein Tarifvertrag besteht, hat der öff. A. die Vermittlung beteiligter Arbeitnehmer an beteiligte Arbeitgeber, sofern ihm die Beteiligung bekannt ist, nur zu den tariflich zulässigen Bedingungen vorzunehmen. Soweit der Abschluß eines Arbeitsvertrages gegen die im Verufe ortsüblichen Mindestlohnsätze verstößen würde, hat der öff. A. eine Vermittlung abzulehnen.

Bei Aussperrung und Streik sind die Arbeitgeber verpflichtet und die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer berechtigt, dem zuständigen öff. A. hiervon schriftlich Anzeige zu machen. Der Arbeitsvermittler hat dann den Arbeitssuchenden hiervon Kenntnis zu geben und die Vermittlung nur dann vorzunehmen, wenn sie trotzdem verlangt wird. Ebenso dürfen Ausständige oder Ausgesperrte nur vermittelt werden, wenn Ausstand oder Aussperrung dem Arbeitgeber vorher bekanntgegeben wurden.

Die nichtgewerbmäßigen Arbeitsnachweise unterstehen der Aufsicht des Landesamtes bzw. des Reichsamtes. Sie sind zwar nicht gezwungen, unentgeltlich zu vermitteln, müssen aber das vorstehend unter „Vermittlung“ Gesagte genau so befolgen, wie die öff. A. Nichtgewerbmäßige Arbeitsnachweise haben aber das Recht, nur Mitgliedern Arbeit zu vermitteln, wenn das in ihrer Satzung festgelegt ist. Das Reichsamt und die Landesämter können weiter Bestimmungen über Einrichtung und Betrieb dieser Nachweise erlassen. Nichtgewerbmäßige Arbeitsnachweise können auf Antrag eines öff. A. oder eines Landesamtes in einen öff. A. überführt werden, wenn sie den Anforderungen des Gesetzes trotz wiederholter Aufforderung nicht entsprechen oder ihre Tätigkeit dauernd ohne nennenswerte Bedeutung ist. Sie können auf Antrag des Landesamtes auch geschlossen werden.

Die gewerbmäßige Stellenvermittlung ist vom 1. Januar 1931 ab verboten. Vom 1. Oktober 1922 dürfen neue Konzessionen nicht erteilt und bestehende nicht mehr verlängert oder übertragen werden. Die gewerbmäßige Stellenvermittlung kann vom Reichsarbeitsminister für einzelne Gewerbe schon vor dem 31. Dezember 1930 untersagt werden. Die gewerbmäßigen Stellenvermittler werden der Aufsicht der öff. A. unterstellt.

In dem Gesetze sind viele Wünsche der Arbeitervertreter unberücksichtigt geblieben. Nun ist das Gesetz da und an den Arbeitern liegt es, ihm Leben einzugeben. Das geschieht dadurch, daß die Arbeiter in den Gemeinden ihren Einfluß bei der Besetzung der Stellen geltend machen. In Gemeinden, in denen die Arbeitenden keine politische Mehrheit haben, werden Ihre Wünsche unberücksichtigt bleiben. Die politische Regsamkeit in den Gemeinden und Gemeindeverbänden bringt eben Gewinn in vieler Beziehung. Das mögen unsere Kollegen und Kolleginnen bei politischen Wahlen beachten.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die Sicherung der Reparation durch den Stinnesvertrag.

Nachdem sich die erste Erregung über das Abkommen, das Hugo Stinnes mit dem Marquis de Lubersac abgeschlossen hat, gelegt hat, dürfte es wohl am Platze sein, die Wirkungen des Abkommens mit ein paar kritischen Strichen zu behandeln.

Wenn die Deutsche Volkspartei das Stinnes-Abkommen nurmehr begrüßt und in manchen Blättern sogar mit Lobeshymnen überschüttet, so zeigt dies nur, daß diese Parteigruppen auf eine allgemeine politische Einstellung keine Rücksicht mehr zu nehmen gedenken, sondern sich allein noch als „echte Interessenvertreter kapitalistischer Ziele gebärden. Sagte doch am 22. Juni 1922 der völksparteiliche Abgeordnete Dauch im Reichstag anlässlich der Interpellation Arnstadt über die Ratifizierung der Wiesbadener Protokolle, nachdem er nach Besprechung des Rathenauer-Loucheur-Abkommens das Bemelmans- und das Gilet-Abkommen

behandelte und deren theoretischen Vorteil gegenüber dem Rathenau-Abkommen dahingehend bezeichnete, daß damit der deutsche Lieferant frei sei:

„Gewiß, der deutsche Lieferant ist frei. Aber die Verhältnisse sind häufig stärker als die Menschen, und der deutsche Lieferant wird dann meist nur so handeln, wie es sein persönliches Interesse gebietet, nicht aber, wie das Staatsinteresse es erheischt. In diesem Umstande sehe ich ungeheure Schwierigkeiten und Gefahren für unser Staatsinteresse. Von unserem augenblicklichen Export können wir nichts für Kontributionsleistungen hergeben; denn womit sollten wir dann Lebensmittel und Rohstoffe einkaufen und die Goldzahlungen leisten? Wir würden das auch mit dem Verlust der wenigen Absatzgebiete, die uns geblieben sind, bezahlen. Die Welt ist uns durch den Versailler Vertrag zur Hälfte verschlossen. Nun hofft unsere Regierung, die erzwungenen Sachlieferungen durch einen Zusatzexport zu deden. Das ist bei unserer augenblicklichen Wirtschaftslage eine vollkommene Unmöglichkeit.“

Als nun aber im Auswärtigen Ausschuss das Stinnes-Abkommen besprochen wurde, soll von der Deutschen Volkspartei keinerlei Einspruch dagegen erhoben worden sein. Wenn Rathenau die Grundlagen für ein Stinnes-Abkommen bereitet, wird auf die Gefährdung des Staatsinteresses hingewiesen, wird die furchtbarste Heiße gegen diesen Mann verbreitet — wenn aber Stinnes des Ermordeten Erbe sich geschäftlich nutzbar macht, verstummen die Klagen. Wie viel mehr hätten sie, wenn man auf dem genannten Standpunkt des volksparteilichen Vertreters steht, jetzt erhoben werden müssen, wodurch das Stinnes-Abkommen die Sachleistungen in viel größerem Maße zunehmen werden? Diese braven deutschnationalen Geschäftsträger der Stinnesfirmen sind auf einmal die besten Freunde des französischen Wiederaufbaus und der Reparationsleistungen in Sachlieferungen geworden. Die französische Regierung dürfte durchaus richtig argumentieren, wenn sie annimmt, daß die deutschen Kapitalisten es doch besser verstehen, aus Deutschland Reparationsleistungen herauszupressen, als Herr Poincaré. Auf dieses Vertrauen zur deutschen Industrie ist Herr Stinnes besonders stolz.

Die Sozialdemokratische Partei hat das Wiesbadener Abkommen nicht verworfen, weil es Geldleistungen durch Sachlieferungen ablöste. Dagegen wurde die Neuerung der Bemelman- und Gilett-Abkommen von dem Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genossen **Stamper**, nicht als durchaus befriedigend bezeichnet. Er bedauerte, daß das „System der miteinander arbeitenden Kollektivorganisationen, wie es im Wiesbadener Abkommen vorgesehen war, durch ein sogenanntes freies Verfahren abgelöst worden ist. Wir sehen in dem Kollektivabkommen ein wichtiges Mittel, sozialpolitische Forderungen geltend zu machen, den Arbeiterschutz zu gewährleisten.“

Im Gegensatz zu dieser Auffassung hatte die deutsche Industrie gegenüber dem Wiesbadener Abkommen die Forderung des freien Verkehrs erhoben. Nun kommt Hugo Stinnes und schaltet nicht etwa ein Syndikat von Unternehmern ein, wie es früher beabsichtigt war, sondern er schafft sich ein eigenes Handelsmonopol größten Stils, um das ihn selbst die Sowjets beneiden werden. An Stelle eines Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Syndikats steht nun ein einzelner, der, wie die Auslassungen der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und der „Täglichen Rundschau“ zeigen, sich allmählich einen überragenden Einfluß auf die öffentliche Meinung erworben hat, in dem schon deutlich die Mäuren des Industrie-Königs erkennbar sind. Auf wirtschaftlichem Gebiete werden sich auch für Industrie und Handel bald die Nachteile zeigen. Große Teile der Industrie und des Handels werden, da die Käufe durch Stinnes' Hand gehen, in seine wirtschaftliche Abhängigkeit gezogen werden.

Die Handwerker haben bereits einen Witzgang angetreten und ergebenst angefragt, ob sie nicht auch mit beim Geschäft sein können. Herr Stinnes hat es ihnen zugesagt. — Wie gnädig. — Stinnes der Handwerkerfreund! Er konnte es den Handwerkern zusagen; handelt es sich doch im wesentlichen um die Lieferungen von Steinen, Zement, Eisen und Holz für den Häuserbau. Ihr lieben Handwerker, das sind aber die nicht umstrittenen Geschäftszweige derer um Stinnes und Genossen. Die anderen Lieferungen: Fenster, Türen, Schlosser- und Glaserarbeiten, wird der französische Handwerker für sich beanspruchen.

Der Verdienst beim französischen Wiederaufbau.

Wenn Stinnes im Auswärtigen Ausschuss gesagt haben soll, daß er durch die 6prozent. Goldprovision (2 Proz. Händlerprovision garten im Frieden schon als reichlich) persönlich nichts verdiente, so mag dies wörtlich richtig sein. Wir wollen aber rechnen: Von den 1450 Millionen Goldmark, die in Sachleistungen an die Entente geleistet werden sollen, gehen auf Rechnung Frankreichs

950 Millionen. Von diesen werden etwa 400 Millionen in Form von Kohlen, Holz und Farben geliefert werden. Durch die technische Einrichtung des Stinnes-Abkommens werden von dem verbleibenden Rest doch wohl bis zu 300 Millionen Goldmark in wirkliche Lieferungen gewandelt, 6 Proz. hiervon sind bei dem heutigen Kurs etwa 7 Milliarden Papiermark, und wenn Herr Stinnes diese 7 Milliarden nur dazu verwendet, um den notwendigen Apparat zu schaffen, so stellt diese Verkaufsorganisation zu einem großen Teil doch einen bleibenden Wert dar, der sich auch später verzinsen wird. Muß es nicht hier wieder so sein, wie bei den Kohlenpreiserhöhungen, wo Herr Stinnes einen von der Allgemeinheit zu tragenden Aufschlag gefordert und erhalten hat, um den Bergbau produktiver auszugestalten? Auch da wollte er nichts „verdienen“. Aber wem kommt denn die Steigerung des Aktienwertes und die spätere Verzinsung des Kapitals zugute, das von der Allgemeinheit erbracht wird? Eine gemeinwirtschaftliche Beteiligung am späteren Ertrage, auf die die Allgemeinheit doch durch Aufbringung des Kapitals ein Anrecht hätte, wurde aufs schwerste bekämpft. Und wer zahlt nun die 6 Proz. dem Herrn Stinnes? — Das Deutsche Reich. Um diesen Betrag, der Herrn Stinnes in Banknoten ausgezahlt wird, erhöht sich die deutsche Inflation. Wie sagte doch der volksparteiliche Redner? Daß der deutsche Lieferant meist nur so handeln wird, „wie es sein persönliches Interesse gebietet, nicht aber, wie das Staatsinteresse es erheischt“. Die durch das Abkommen erleichterte Ausfuhr von Materialien und Fertigwaren nur durch eine Hand kann zu einer kräftigen Preissteigerung benutzt werden, da dieses kapitalistische Konsortium dem Staate gegenüber so mächtig sein dürfte, daß dieser nur sehr schwer die deutsche Innenwirtschaft schädigende Materiallieferungen zu hemmen vermag.

Die kapitalistische Interessengemeinschaft.

Aber Herr Stinnes hat auch erst die 6 Proz. verlangt, als ihm die französischen Geschäftsleute sagten, daß sie für sich eine Provision von 6 Proz. berechnen; die nun auf Verlangen auch ihrem Partner zugestanden wurden. Ist das nicht rührend, wie alle nationalen Gegensätze verschwinden, wenn kapitalistische Interessen, zu gleichem Erwerb vereinigt, den Wiederaufbau mit 12 Prozent vorweg belasten. Auch das hat Herr Stinnes fertig bekommen.

Stinnes Co. verdient. Nicht nur auf dem gezeigten Wege, sondern auch dadurch, daß er die günstigen Aufträge seinem Konzern zuleiten kann. Ein großer Staatsmann sagte, daß man aus dem Glend des Volkes keine Zinsen haben soll; hier aber werden aus dem Unglück 6 Proz., die Stinnes allerdings — wir geben ihm dies zu — in keiner Weise „verdient“.

Selbst der deutschnationale Reichert hat in seinem Artikel „Rathenauscher Milliardensegnen“ in der „Deutschen Tageszeitung“ vom 10. Oktober 1921 gesagt:

„Soviel Waren mehr kann Deutschland nicht ohne weiteres herstellen. Damit tritt die Gefahr des Verlustes von fremden Absatzgebieten in sichtbare Nähe, denn die Rohstoffdecke, insbesondere die mangelhafte Kohlenversorgung läßt eine Steigerung der deutschen Produktion nicht so schnell zu.“

Hinsichtlich der Kohle für die Wiederaufbaulieferungen hat allerdings der Stinnes-Vertrag eine Neuregelung vorgesehen, die — wenn sie sich praktisch auswirken kann, nach dieser Seite eine erneute Kohlenbelastung im vollen Umfange nicht ergeben dürfte. Reichert sagt in seinem Aufsatz aber weiterhin:

„Infolgedessen wird der Deviseneingang für unsere Industrie und den Ausfuhrhandel mit einem um so größeren Rückgang bedroht sein, je mehr Frankreich von uns bezieht.“

Herr Helfferich soll diese Gedankengänge seines Fraktionskollegen Reichert im Auswärtigen Ausschuss in der vorigen Woche sich nicht zu eigen gemacht haben. Warum wohl? Vielleicht, weil nun Herr Stinnes einen Milliardensegnen für sich sichergestellt hat? Und wenn gar behauptet wird, daß gerade in dem Augenblick, wo infolge unseres Marksturzes die Kapitalknappheit für unsere Industrie eine derartige geworden ist, daß diese zu Betriebseinschränkungen übergehen müsse und Arbeitslosigkeit in Erscheinung treten werde, das Stinnes-Abkommen in die Bresche trete, um diese Erscheinungen zu hemmen, so muß demgegenüber gesagt werden, daß, abgesehen von der außenpolitischen Wirkung, die auch wir begrüßen, innerwirtschaftlich — auch wenn wir eventuell Arbeitsmöglichkeit in Krisenzeit gewinnen — durch dieses Abkommen die Lage doch nur erschwert werden kann. Der Staat also soll die Noten drucken, um die Kapitalknappheit der Industrie zu bannen. Durch die Notenpresse soll die schwierige Situation der Industrie flott gemacht werden. Das heißt, wie schon gesagt, Preissteigerung. Diese erhöhte Inflation heißt weitere Zerrüttung der Finanzen, nach außen aber erneuter Sturz der Mark, zumal wenn unser Außenhandel, wie es der deutsch-

vorkparteiliche Abgeordnete und der deutschnationale Reichert dargelegt haben, durch den erhöhten Umfang der Sachleistungen beeinträchtigt werden soll.

Da Herr Stinnes seinerzeit das Rathenau-Abkommen scharf bekämpfte, müßte man wohl annehmen, daß die offiziellen vorkparteilichen Gegengründe auch die seinen sind, und wenn es so ist, dann bliebe nur der eine Schluß übrig, daß er das ganze Abkommen nicht etwa geschaffen hat, um die außenpolitische Situation zu erleichtern, sondern um auf Kosten des Staates und der Allgemeinheit seinen durch den Marksturz in Bedrängnis geratenen Industriegruppen wieder aufzuhelfen.

Die Valutawirkungen in der Tschechoslowakei.

Die Krone hat in der Tschechoslowakei wieder einen hohen Stand erreicht und eine größere Kaufkraft erlangt. Dieser „Sieg“ ist jedoch sehr teuer erkauft. Eigenartigerweise bricht unter der hohen Kronenlast das Wirtschaftsleben fast zusammen. Die Berichte, die von der Tschechoslowakei gegeben werden, sind trostlos. Ueber die Porzellanindustrie heißt es darin:

„In der Porzellanindustrie sind in vielen Betrieben bereits Kündigungen vorgenommen worden und Entlassungen erfolgt, während ein großer Teil der Betriebe beschränkt arbeitet. Die Altrohlaue Porzellanfabriken A.-G. will den Betrieb mit Ende September ganz stilllegen und würden dadurch über 1000 Arbeiter in einem Orte brotlos. Das gleiche wird von der Fabrik Alp-Lubau und zwei Fabriken in Gaidorf-Mildeneichen und Weißkirchlich mitgeteilt. Kündigungen erfolgten bei der Firma Urbach-Turn und Porzellanfabrik Pohl-Tellnitz. Es ist dies der Anfang und noch gar nicht abzusehen, in welchem Umfange die Krise sich entwickelt.“

Der Wirtschaftsverband der tschechoslowakischen Porzellanindustrie in Karlsbad hielt am 21. August d. J. seine Vollversammlung ab. Der wichtigste Teil der Tagesordnung betraf die Lage der Industrie. Die Aussprache ergab übereinstimmend, daß bei den gegenwärtigen valutaren Verhältnissen, bei der Ungleichheit zwischen Inlands- und Auslandswert der tschechischen Krone eine Weiterführung der Betriebe über eine absehbare Zeit hinaus nicht möglich erscheint. Neue Aufträge können seit Ende Juni wegen der Konkurrenzunfähigkeit der Preise nicht mehr heringenommen werden und bis ungefähr Ende September dürften zwei Drittel und in einigen weiteren Wochen der Rest der Betriebe zum Stillstand kommen. Die Verbandsversammlung debattierte sodann über die Maßnahmen, die vielleicht in letzter Stunde noch geeignet sein könnten, eine Sanierung der Lage herbeizuführen. Die bezüglichen Vorschläge werden an den Zentralausschuß der Industrie geleitet werden.

Die Glasindustrie ist von einer Krise ergriffen, die seit ihrem Bestehen nicht zu verzeichnen war. Aufträge werden zurückgezogen, unterwegs befindliche Waren aufgehalten, alles stockt. 13 000 Arbeiter der Glasindustrie sind bereits arbeitslos und mehr als 20 000 arbeiten nur 2 bis 3 Tage und stehen ebenfalls vor der Gefahr der gänzlichen Arbeitslosigkeit, die Metallindustrie sperrt einen Betrieb nach dem andern und auch die Beamten werden vielfach gekündigt und entlassen.“

Dann weiter noch:

„Während sich in einer Reihe von Industriestaaten in den letzten Wochen eine Belebung der industriellen und gewerblichen Beschäftigung bemerkbar macht, kommen aus den größtenteils deutschen industriellen Randgebieten der Tschechoslowakei Nachrichten von Entlassungen in solcher Zahl, Betriebseinstellungen von solch großem Umfange, die einer wirtschaftlichen Katastrophe gleichkommen. Seit zwei Jahren schon gibt es in diesem Staate, die so viel an Reichthümern bietet, tausende von Arbeitslosen, die auf die lärgliche Arbeitslosenunterstützung angewiesen sind. Härte, die gern arbeiten möchten, aber zum Feiern gezwungen sind und dadurch immer tiefer ins Elend geraten. Vor einigen Wochen wurden bereits 30 000 Arbeitslose in diesem Staate gemeldet, und nun kommen aus einer Reihe von Industrien Nachrichten von Massenentlassungen, die ungeheure Elend über unsere Arbeiterschaft bringen.“

Das war am Beginn des September. Inzwischen ist die Verelendung dort noch weiter geschritten. So wird ein Volk getroffen, dessen Regierung sich als Sieger des Weltkrieges gebärdet und keine Minderungen des auch für sie verhängnisvollen Versailles Diktats duldet. Ob die hereingebrochene gewaltige Krise nicht eine Lehre für sie wird?

Wie sich die Gestaltung der Dinge in der Tschechoslowakei hauptsächlich für die dortigen Porzellan- und verwandten Arbeiter auswirkt, läßt sich aus einem Bericht entnehmen, der vom Verbandsobmann Kollegen Selwe am 10. September auf der Kon-

ferenz der Obmänner der westböhmischen Ortsgruppen des Steinarbeiterverbandes in Fischern gegeben wurde.

Aus den dort vorgebrachten Ziffern war zu ersehen, daß in der Porzellanindustrie bisher 9 Betriebe mit 946 Arbeitern stillgelegt wurden, ferner weitere 956 Arbeiter bis zum 1. September in Kündigung standen, während 2568 Arbeiter die Woche nur 3 bis 4 Tage arbeiten können. In der Steingutindustrie sind bisher 6 Betriebe mit 465 Arbeitern stillgelegt worden, weitere 440 Arbeiter haben bisher die Kündigung erhalten, 273 werden uns als Kurzarbeiter aus dieser Industrie gemeldet. Von den Töpfereien wurde bisher 1 Betrieb mit 10 Arbeitern stillgelegt, während 25 Kurzarbeiter gemeldet wurden.

Ferner haben die Unternehmer alle Kollektivverträge gekündigt und verlangen Lohnabbau, trotzdem die Warenpreise die gleiche Höhe wie vordem behalten haben. Die nächsten Abwehrmaßnahmen und Aufgaben der Organisation sind schwer. Sie müssen jedoch durchgeföhrt werden, um die Arbeiterschaft vor größerem Schaden zu bewahren.

Porzellanpreiserhöhung in Sicht.

Eigenartiger Weise bekam die Redaktion der „Ameise“ auch einmal eine Nachricht von Unternehmerseite. In ihr steht, daß die Inder-Kommission ihre Untersuchung über die Höhe der Inlandspreise abgeschlossen hat und feststellen mußte, daß die Verteuerung der Roh- und Hilfsstoffe eine wesentliche Erhöhung der Inlandspreise erfordert. Es soll aber zugewartet werden, um den Konsum aufrecht zu erhalten. In der Zuschrift wird dann noch das Zugeständnis gemacht, daß dem stürmischen Verlauf der Preisbewegung Fesseln angelegt werden könnten, wenn viele Industrien dem Beispiel der Porzellanindustrie folgen würden, zumal wenn alle Roh- und Hilfsstofflieferanten einen ähnlichen Standpunkt finden würden.

Das Schreiben schickt uns die Interessengemeinschaft der Porzellanindustrie-Verbände auf den Schreibtisch in dem Augenblick, in dem wir neue Forderungen vorlegen müssen, weil wir bei zwei Lohnabkommen ganz miserable Schiedsprüche geschlichtet haben und nun 20 bis 30 Mt. Stundenlohn weniger haben als andere Industrien. Die Interessengemeinschaft braucht nämlich eine Begründung zu ihrer geplanten und durch das Zirkular angekündigten Preiserhöhung. Dazu wird sie anscheinend unsere gestellten Forderungen benutzen wollen und gibt sich vorher den Anschein, als möchte sie aus Rücksicht auf den Konsum nicht fordern. Dabei hat die Porzellanindustrie schon beim August- und Septemberabkommen die Arbeitenden um ihren zeitentsprechenden Lohnanteil beschummelt und eine zu geringe Entschädigung für ihre Arbeitskraft gewährt. Dieses Zirkular ist deshalb als eine Verschleierung von feststehenden Tatsachen zu betrachten. Der Multiplikator ist ja erst anfangs September infolge eines Dollarkurses von 1750 bis 2050 auf 11 erhöht worden. Seinerzeit war er genügend. Inzwischen ist der Dollar auf unter 1500 gesunken und damit die ausländischen Rohstoffe, deren höherer Preis seinerzeit schon eingerechnet war. Damit ist auch gleichzeitig die Steigerung für die deutsche Kohle im September mit ausgeglichen worden.

Aber trotzdem kommt eine Preissteigerung. Die von uns geforderten, mehrere Wochen vorenthaltenen Lohnerhöhungen werden also ein willkommenes Anlaß zum Preissteigern für die Unternehmer sein.

Der Dollar und die Preise.

Auf der bekannten Zahlenleiter
Springt jäh der Dollar himmelan,
Und alle Preise sausen heiter
Im gleichen Tempo hintendran. —

Der Kaufmann spricht: Ja, diese Sachen,
Die kosten heut schon wieder mehr.
Bedaure, doch, was soll ich machen?
Friß, reich mal rasch das Kursblatt her! —

Doch wenn — auch dieses gibt's zuweilen —
Der Dollar sich herniederläßt,
Da kennt der Preise Schar kein Silen,
Sie bleiben, wo sie sitzen, fest.

Da hilft kein Bitten und kein Loben,
Kein Hinweis auf den Kursbericht,
Sie hocken auf den Sprossen droben
Und grinsen frech dir ins Gesicht.

Peter Michel

Ernabkommen für die Deutsche Feinkeramische Industrie. Gültig ab 24. September 1922.

Auf Grund mündlicher Verhandlungen ist folgendes Lohnabkommen zwischen den unterzeichneten Verbänden vereinbart worden:

I. Die bestehenden Akkordverdienste aller Facharbeiter, Facharbeiterinnen, sonstiger Arbeiter und sonstigen Arbeiterinnen aller Ortsklassen und aller Altersstufen werden um 60 Proz. erhöht.

II. Die Gesamtverdienste der im Zeitlohn beschäftigten Facharbeiter, Facharbeiterinnen, sonstiger Arbeiter und sonstigen Arbeiterinnen aller Ortsklassen und aller Altersstufen werden ebenfalls um 60 Proz. erhöht.

III. Von der Erhöhung sind ausgenommen die sozialen Zulagen und die Prämien.

IV. Im Laufe des September gewährte Teuerungszulagen werden angerechnet.

V. Dieses Abkommen läuft vom Sonntag, den 24. September, bis einschließlich Sonnabend, den 7. Oktober 1922.

Die Verhandlungen über die weitere Lohngestaltung finden am 10. Oktober statt.

Arbeitgeberverband der Deutschen
Feinkeramischen Industrie.
gez. Dreise. gez. Dr. Warnte.

Verband der Porzellan- und verwandter
Arbeiter und Arbeiterinnen
zugleich namens der
am Tarif beteiligten berufsfremden
Gewerkschaften.
gez. Albin Karl. gez. Luise Apel.

Der Strupp-Konzern.

Einzelunternehmen oder gar Einzelabriken können aus eigener finanzieller Kraft im heutigen Wirtschaftsleben nicht mehr bestehen. Sie müssen sich an finanziell stärkere Glieder anschließen und auch vielfach durch Umwandlung in Aktiengesellschaften sich einen besseren Nischhalt schaffen. Die Unternehmen der Porzellanindustrie mußten ebenfalls diesem Werdegang folgen und sich ihres ehemals persönlichen Charakters entkleiden. Sie haben sich in der Neuzeit teilweise zu Interessengemeinschaften zusammengeschlossen und unter Anlehnung an Bankunternehmen zu Konzernen zusammengefunden, die eine viel größere wirtschaftliche Macht darstellen.

Ein solches Gebilde in der Porzellanindustrie ist der von der Thüringer Bank gestützte Strupp-Konzern. Er hat 275 Oefen mit 18 500 Kubikmeter Inhalt und zwei Tunnelöfen zur Verfügung. In den Werken wurden im letzten Jahre über 125 000 Tonnen Rohmaterial verarbeitet bei einer Arbeiterzahl von rund 11 000. Die Spitze des Konzerns bildet die Porzellanfabrik Kahla mit den Filialen in Hermisdorf, Freiberg und Zwickau. Die A.-G. Kahla arbeitet mit einem Aktienkapital von 16 Millionen Mark und wirft gute Gewinne ab, die fast immer mit zu den höchsten der Porzellanindustrie gehören. Die Fabrik gilt mit ihren Zweigbetrieben als die größte Porzellanfabrik der Welt. In Kahla allein stehen 37 Oefen mit 2000 Kubikmeter Inhalt. Dort wird hauptsächlich Porzellangeschirr fabriziert, während in den anderen Werken das technische Porzellan (Isolatoren) vorherrscht.

Das zweite bedeutende Unternehmen ist die 1865 gegründete und 1902 in eine A.-G. umgewandelte Porzellanfabrik Lorenz Gutschenreuther in Selb. In den Selber Betrieben wird feine Qualitätsware in Geschirr und Luxus hergestellt. Ein weiteres Unternehmen des Strupp-Konzerns in Selb ist die Porzellanfabrik und -malerei Paul Müller. Die Aktienkapitalstärke dieser beiden Werke ist in den uns vorliegenden Unterlagen nicht enthalten.

Die Hotel- und Schiffsgeschirrfabrik Gebr. Bauscher in Weiden, die mit 8 Millionen Mark Aktienkapital arbeitet, ist ebenfalls ein bedeutendes Werk in der genannten Interessengemeinschaft. Von den weiteren bayerischen Werken sind noch zu nennen: die Porzellanfabrik E. & A. Müller in Schönwald (Oberfranken, 2 Millionen Mark Aktienkapital), die A.-G. Schönwald mit 5,4 Millionen Mark Aktienkapital.

Das schlesische Werk, Porzellanfabrik Königszell, wird als ein Grundstein des Strupp-Konzerns bezeichnet, weil die Fabrik schon im Jahre 1886 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde und in der Nähe des sächsischen Kohlengebiets und guter Tonlager lag und billige Arbeitskräfte zur Verfügung hatte.

In Thüringen hat der Strupp-Konzern noch die Werke: Fabrik Rauenstein, vormals F. N. G. Greiner & Söhne, die Porzellanfabrik Kloster Weiskdorf mit Filialen in Brattendorf und Eisfeld und die „Keramag“ (Keramische Werke in Meiningen), zu der auch die Steingutfabriken Wesel, Flörsheim und Ratingen gehören.

Neuerdings hat sich der Strupp-Konzern noch wesentlich vergrößert und verstärkt. Es kamen die beiden Porzellanfabriken Joseph Schachtel, A.-G. in Sophienau und N. Schomburg & Söhne, A.-G. in Margarethenhütte hinzu, die einen Zuwachs von 28 Rundöfen, 2 Tunnelöfen und 3200 Beschäftigten brachten.

Die Meiningener Bank blieb jedoch nicht innerhalb der Porzellan- und Steingutindustrie, sie schloß sich auch bedeutende Werke der Tonwarenfabrikation an, und zwar die Werke in Schwandorf (9,6 Millionen Mark Aktienkapital), in Wiesau, in Pirkessee und Schwarzenfeld.

Die Stärke des Strupp-Konzerns wird nur teilweise durch die 94 Mill. Mark Aktienkapital seiner Werke ausgedrückt. Sie ist bedeutend größer. Denn er ging noch weiter und sicherte sich mit Kahla, Selb, Margarethenhütte und Schwandorf ebenfalls Rohstoffgebiete, Kaolin- und Tonlager von bedeutendem Ausmaß.

Die Porzellanarbeiterschaft kann an so großen wirtschaftlichen Gebilden wie den Strupp Konzern — es gibt auch noch andere Konzerne in der Porzellanindustrie — nicht achtlos vorüber gehen; denn es sind ihre wirtschaftlichen Gegner, denen trotz ihrer geringen Kapitalstärke Stück für Stück an Macht abgerungen werden muß. Das geht jedoch nicht mit bloßen Redensarten und Schlagworten, sondern nur durch unermüdete, zähe Arbeit an sich und der Organisation. Der Arbeiterschaft in der Porzellanindustrie wird das Uebernehmen der Gesamtproduktion nie gelingen, wenn ihr das Kunststück nicht glückt, der gefestigten Kapitalistenklasse ein noch festeres unüberwindlicheres Bollwerk entgegen zu stellen. Nur das kunstvolle Fügen der vielen Einzelteile in einem Block verspricht den endgültigen Sieg. Arbeitet daran und Euer Wollen wird zur Tat!

Noch günstige Lage in der deutschen Porzellanindustrie.

Gegenwärtig ist die Porzellanindustrie noch gut beschäftigt. Die Marktentwertung der letzten Monate hat sich noch nicht wesentlich bemerkbar gemacht, trotzdem die böhmische Kohle verbrauchenden Fabriken sehr teuer einkaufen müssen. Der Mehraufwand für die teure tschechische Kohle und das tschechische Kaolin wird teilweise wieder durch die billige Arbeitskraft ausgeglichen, die bei Geschirr mit 50 Proz. Arbeitsanteil angeseht wird.

Beachtenswert ist, daß die Ausfuhr in Porzellangeschirr dem Gewicht nach im Laufe des Jahres 1921 und im ersten Halbjahr 1922 gestiegen ist und rund 47 Proz. der Gesamtporzellanerzeugung ausmacht. Vor dem Kriege waren es 60 Proz. An der steigenden Ausfuhrziffer ist die Stapelware in immer größerem Maße beteiligt. Die eigentliche Ziffer muß jedoch noch höher gesetzt werden, da sehr viel Porzellan auf nicht statistisch zu erfassendem Wege ins Ausland geht. An dem Auslandshandel sind die Porzellanfabriken auch nicht mehr so stark beteiligt wie sonst, die Geschäfte werden meist von ausländischen Firmen getätigt. Den Fabriken ist der Handel fast entglitten.

Daß tatsächlich noch genügend Porzellan auf andere, nicht erfassbare Weise über die Grenze geht, ergibt sich auch aus dem steigenden Inlandsbedarf, dessen Menge sich von 2600 Tonnen auf 5000 Tonnen erhöht hat. Die Endsumme kann nicht allein Inlandsbedarf sein; denn bei wachsender Geldknappheit ist das nicht gut möglich. Entsprechend dem Inlandsumsatz, schreibt die „Keramische Rundschau“, haben sich die Inlandsaufträge bei den 110 Fabriken, die dem Verbands deutscher Porzellangeschirrfabriken angehören, gegen das Vorjahr im ersten Halbjahr 1922 verdreifacht, während die Auslandsaufträge, wenn man von der Entwertung der deutschen Mark im letzten Halbjahr absieht, auf dem Stand von 1921 stehen geblieben sind.

Etwas ungünstiger lauten Berichte von Handelskammern.

Im „Reichsarbeitsblatt“ ist darüber zu lesen: „In der Porzellanindustrie herrschte im Berichtsmontat August in der keramischen Industrie fast durchweg reges Leben. Die Aufträge reichen vorläufig noch für die nächsten Monate aus. Die Notwendigkeit, Auslandsbrenn- und Rohstoffe heranzuziehen, da die Versorgung durch das Inland äußerst mangelhaft bleibt, hat aber bedeutende Erschwerungen für viele Betriebe zur Folge; wenn z. B. für 10 Tonnen böhmische Steinkohle bis zu 200 000 M. und mehr gezahlt werden müssen, verzichtet manche Fabrik auf den Bezug derselben, ebenso wie auf böhmisches Kaolin. Da aber kein genügender Inlandsausgleich da ist, wird die notwendige Folge auch hier mit der Zeit eine Verringerung der Erzeugung sein müssen. Nach

dem Bericht der Handelskammer Bayreuth bewegt sich der Absatz scheinbar bereits auf absteigender Linie. Das Inland werde für die teureren Porzellansachen täglich weniger kaufähig, das Ausland aber bleibe mit seinen Bestellungen ebenfalls schon seit geraumer Zeit hinter den gehegten Erwartungen zurück. Ähnliche Meldungen liegen auch von anderer Seite vor. Auf dem Arbeitsmarkt ist die Lage noch recht günstig, doch soll in der Provinz Sachsen die Nachfrage nach Arbeitskräften jetzt schon sehr mäßig sein.

Die Fabriken für Luxusporzellan- und Gebrauchsgeschirr haben anscheinend noch lohnende Aufträge, dagegen fließen neue Aufträge spärlicher, worunter die Ausfichten leiden. Für elektrotechnisches Porzellan herrscht scheinbar in den Betrieben der sächsischen Lausitz noch lebhafteste Nachfrage, ebenso in Sachsen-Meinungen. Geringes Interesse dafür besteht nach wie vor im Koburger Bezirk, ebenso neuerdings in der elektrotechnischen Porzellanindustrie im Riesengebirge.

Die Feinsteinindustrie arbeitet ebenso wie die grobkeramische Industrie im allgemeinen noch gut, der Auftragsbestand wäre reichlicher zu nennen, wenn nicht die unerträgliche Kohlennot bestände. Die Versorgung mit Rohstoffen ist gleichfalls andauernd unzureichend, eine Folge wieder der Kohlennot bei den Rohstofflieferanten. Die Verteuerung aller Betriebsmittel und Rohstoffe, das Ansteigen der Löhne usw. bedingen eine fortwährende Geraufsetzung der Preise. Das Auslandsgeschäft scheint noch gut zu gehen."

Aus unserem Beruf.

Farge. In der Steingutfabrik Witteburg, A.-G., sind die Lohndifferenzen erledigt und die Zugeständnisse für die Facharbeiter resp. Dreher einigermaßen für annehmbar ausgefallen.

Warum bei Niffarth gestreift wird. Die Firma Niffarth in München-Gladbach stellt in öffentlichen Zeitungen die Sache der Streikenden so hin, als wüßte sie nicht, weshalb die Arbeiter die Arbeit niederlegten. Demgegenüber wird festgestellt: Die Figuristen und Maler forderten am 6. September 1922 einen Aftordstundenlohn von 75 Mk. Bei der Verhandlung am 9. September gingen die Fordernden auf 70 Mk. herunter. Die Firma bot 62 Mk. als höchstes. Da aber die allgemeinen Löhne in München-Gladbach 75 Mk. betragen und 62 Mk. viel zu wenig ist, beschloß die Belegschaft, sich das Fehlende durch einen Streik zu erkämpfen. — Nach einer weiteren Meldung ist der Streik der Figuristen und Maler bei A. Niffarth (Zahlstelle M.-Gladbach) am Freitag, den 15. September, nach hartnäckigem Kampfe zugunsten der Kollegen beendet worden. Der Sieg ist nur der geschlossenen Einigkeit zu verdanken.

Die schlechte Lage der Schweizer Porzellanindustrie.

Die Schweizer Porzellanindustrie hat schon lange Zeit mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Nach den neuesten Berichten mußte die Erzeugung noch mehr eingeschränkt werden, und zwar um ein weiteres Viertel. In diesem Maße ist auch der Beschäftigungsgrad ungünstiger geworden. Das gibt den verantwortlichen Stellen Veranlassung, die Frage zu prüfen, für Porzellan und Steingut Einfuhrbeschränkungen zu erwägen.

Die kapitalistische Wirtschaft zeigt die unsinnigsten Auswüchse; während Deutschland überbeschäftigt ist, haben die Schweiz und andere Länder wenig zu tun, und doch hat die Welt Warenhungert.

Literarisches.

„Der historische Materialismus“ hat Julian Borchardt in zweiter Auflage bei der E. Laubjahn Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H. (vormals H. Seehof & Co.) erscheinen lassen. Die Schrift ist sehr verständlich geschrieben und kann zum Preise von 25,- Mk. gekauft werden.

„Die Arbeiterversicherung“, ihre Entstehung und ihre Entwicklung, von Georg Wismanu, ist unter Nr. 1 der „Schriftenreihe für die Bergarbeiterjugend“ erschienen. Die Broschüre ist für die Jugend geschrieben und kann gerade dieser zum Studium empfohlen werden. Herausgeber ist die Zentralstelle des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands. Dort kann auch der Tagungsbericht von der 1. Reichsjugendkonferenz der Bergarbeiter bezogen werden.

„Arbeiter-Kostfrage für 1923“, das gutgebundene und bekannte „Arbeiter-Kostbuch“, erscheint ebenfalls dort.

Verhandlungsberichte.

Zu dem Lohnabkommen für September sind noch weitere Berichte und Resolutionen aus Kerkstadt b. Coburg, Stadt-Ilm, Dösch, Kahla, Steinbach (Wald), Pöschappel, Seib-Blöberg, Kleinembach, Annaburg, Kart-Redwitz, Suhl, Pöschel, von der Konferenz in Koblenz, auch ein Bericht von Spandau zum Reichstagsrat eingegangen, die sich in aller Schärfe gegen derartige Abschlüsse, wie sie die letzten Lohnabkommen darstellen, wenden. Da inzwischen schon wieder neue Abkommen abgeschlossen wurden, wäre es Platzverwendung, sich mit

dem Zurückliegenden zu befassen. Nur eins muß dabei erwähnt werden: In einigen Berichten wenden sich die Zahlstellen gegen den Hauptvorstand; sie messen ihm die Schuld an dem Zustandekommen schlechter Abschlüsse bei. Das ist falsch. Aus der Bekanntmachung in dieser „Ameise“ können die Namen der Hauptvorstandsmitglieder entnommen werden. Daraus ist gleichzeitig zu ersehen, daß, wenn die Namen mit denen der Verhandlungskommissionen verglichen werden, nur wenige Hauptvorstandsmitglieder an den Lohnverhandlungen und Tarifabschlüssen teilnehmen bzw. teilgenommen haben. Ferner kann bei den Vergleichen der in den Berichten zum Ausdruck gekommene Unsinn eingesehen werden: „Der Hauptvorstand — damit ist der Kollege Wollmann gemeint — ist zu alt usw.“. Die persönlichen Anzuspinnungen Wollmanns in bezug auf die letzten Lohnabkommen sind völlig unberechtigt; denn er nahm an den letzten Verhandlungen in Coburg, Nürnberg und München überhaupt nicht teil. Die Protestler wenden sich bei ihren an sich sehr berechtigten Klagen meist gegen ihre eigenen Kollegen, und nicht gegen die sie ausbeutenden Unternehmer, die doch die schlechten Abkommen verursachen. Diese Art von Protest ist sehr bequem und freut die Arbeitgeber, die auch vielfach die Stimmung zu schüren verstehen. Das möchten die Kollegen und Kolleginnen etwas mit bedenken. Also, die verschiedenen Begriffe nicht so arg verwechseln und den Unternehmern in die Hände arbeiten mit dem dummen Gerede gegen die Führer; dann wird beim Zusammenstehen der Arbeitermassen manches leichter herauszuholen sein.

Die folgenden Berichte waren für die vorige Nummer bestimmt und sind infolge eines Mißverständnisses zurückgestellt worden. Bei dieser Gelegenheit wird darauf verwiesen, daß im Laufe des kommenden Vierteljahrs die Zeit zwischen Manuskriptanlieferung und Zustellungstag — gegenwärtig müssen die Berichte 10 Tage vor dem Zustellungstag der Druckerei geliefert sein — verringert wird; dann werden auch die Versammlungsberichte noch rechtzeitig und schneller erscheinen können. Wenn dann noch die neue Postzustellungsart durch rechtzeitige Meldungen der Organempfinger klappt, wird das Blatt den Mitgliedern viel aktuelleren Inhalt bringen können. Also: Zusammenarbeiten! Die Redaktion.

Arnstadt. Die letzte Zahlstellenversammlung befaßte sich mit dem Nürnberger Abkommen und bedauerte, daß trotz der Richtlinien von der Gräfentrodaer Konferenz und trotz der Teilnahme des Kollegen Karl an derselben so eine Mißgeburt von Tarif mit 35- bis 50-prozent. Zulagen in Nürnberg herauskam. Die Porzellanarbeiter stehen in unserer Gegend weit hinter anderen Berufen zurück, in denen Stundenlöhne von 65 bis 80 Mk. bezahlt werden. Die Versammlung protestiert auf das energischste gegen derartige Abkommen und verlangt, daß zu Lohnverhandlungen jüngere Kräfte geschickt werden. (Darf man fragen, welches Lebensalter in Frage kommt? D. M.)

Alma. Die folgende Entschlieung gibt die Stimmung der Mitglieder der Zahlstelle Alma zum neuen Lohnabkommen kund. Die Zahlstelle Alma erhebt gegen das jetzige Lohnabkommen schärfsten Protest. Sie hält es nicht für möglich, daß unter den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen derartige Lohnabkommen zustande kommen können. Die Zahlstelle Alma fordert hiermit den Hauptvorstand auf, das neue Lohnabkommen am 16. September 1922 zu kündigen und dem Unternehmertum den schärfsten Kampf anzujagen, sowie das letzte Mittel, den Streik, in Anwendung zu bringen.

Kapfütte. Die Betriebsversammlung vom 8. September nahm nach lebhafter Aussprache einstimmig folgende Entschlieung zum Septemberabkommen an: „Die am 8. September 1922 stattgefundenen Betriebsversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem letzten Schiedsspruch, welcher in keiner Weise der ungeheuren, fortschreitenden Teuerung und den Vorschlägen, sowie Kritiken in den Versammlungsberichten entspricht. Die Versammelten verkennen in keiner Weise die Schwierigkeiten, die sich unseren Vertretern bei derartigen Verhandlungen in den Weg stellen. Sie müssen jedoch den Hauptvorstand darauf aufmerksam machen, daß, wenn in Zukunft dem Wortschrei der Mitglieder nicht mehr Rechnung getragen wird, Selbsthilfe unbedingt Platz greifen muß. U. a. wird bei Abschluß des Reichstarifes gefordert, Kapfütte in eine höhere Lohnklasse einzureihen oder das Klassensystem gänzlich zu beseitigen, da die Teuerungsverhältnisse im Reich doch die gleichen sind. Ferner verlangt die Arbeiterchaft eine Teuerungszulage für die Zeit, in der das letzte Lohnabkommen läuft.“

Rronach. Nach dem Bericht des Kollegen Weber vom Lohnabkommen in Nürnberg setzte eine sehr lebhafteste Aussprache in der Versammlung vom 5. September ein. Kein Diskussionsredner konnte sich mit dem Schiedsspruch einverstanden erklären. Die Versammelten beurteilten die Pfennigsucherei der Unternehmer, die auf der anderen Seite Hunderttausende und Millionen von Mark an Valutogewinnen einheimsten. Die Redner brandmarkten auch das sogenannte soziale Empfinden mancher Unternehmer, die wohl in Lebensarten sich brüsten, aber bei der Durchführung der Schiedssprüche nur die tariflichen Mindestlöhne in Anwendung bringen, während Höchstlöhne unbeschränkt gezahlt werden können. Die Verhandlungskommission der Arbeitnehmer darf sich nicht mehr darauf einlassen, nur unter einem Schiedsgericht zu verhandeln, die Verhandlungen sind frei zu führen. Zum Schluß wurden noch örtliche Angelegenheiten geregelt.

In einer am 12. September stattgefundenen außerordentlichen Zahlstellenversammlung gab Gauleiter Brebow Bericht von der letzten Lohnverhandlung und verknüpfte zugleich damit einen Vortrag über die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse und die Stellung der Organisation hierzu. Reicher Beifall wurde seinen Ausführungen gezollt. Die Diskussion beschäftigte sich nur mit Anträgen. Unter „Verschiedenes“ wurden einige lokale Angelegenheiten behandelt. Der Vorsitzende ermahnte zum Schluß zur Einigkeit und schloß die Versammlung.

Klause. Die am 8. September stattgefundenen Zahlstellenversammlung behandelte das am 31. August abgeschlossene Lohnabkommen. Einmütig wurde es nicht den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend und als völlig ungenügend bezeichnet. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute im Saale des „Schützenhauses“ stattbefundene Versammlung nimmt Kenntnis vom neuen Lohnabkommen“

Sie ist sehr enttäuscht, wie der Vorstand einem solchen Schiedspruch annehmen konnte. Wir betrachten die Art und Weise, wie man uns in dieser schweren Zeit die Löhne bemisst, als ein Spiel mit dem Feuer und warnen vor eventuellen Folgen. Wir erwarten sofortige Kündigung und Abschluß eines neuen, den Verhältnissen besser angepassten Lohnabkommens." (Der Vorstand des Verbandes hat das Lohnabkommen nicht angenommen. Das tat die in der „Ameise“ veröffentlichte Verhandlungskommission nach reiflicher Ueberlegung. Dadurch wurde den Mitgliedern im Reich das Handeln nicht abgesprochen. Die Redaktion.)

Koschütz. Die am 6. September stattgefundene Zahlstellenversammlung der Zahlstelle Koschütz-Langenberg beschloß einstimmig, daß sie den durch Schiedspruch geregelten neuen Lohnsatz nicht annimmt, sondern die bestehenden Lohnzuschläge nur als Vorschub betrachtet.

Köplau. Auf der Konferenz des 2. Agitationsbezirks in Köplau, an der 13 Delegierte teilnahmen, wurde Magdeburg als Vorort wieder bestimmt. Der Bezirksbeitrag ist auf 30 M. festgesetzt. Von einem Redner wurde bemängelt, daß lange Zeit zu geringe Beiträge erhoben und kein Kampffonds angeammelt wurde.

Teltow. Die Zahlstelle Teltow beschäftigte sich am 6. September in einer Betriebsversammlung mit dem neuen Lohnabkommen. Laute Rufe der Entrüstung schallten durch den Saal ob des vollständig ungenügenden Zuschlages. Die Versammelten empfinden es als eine Provokation schlimmster Art, ihnen solch niedrigen Zuschlag angeheben zu lassen. Während die Löhne um mehr als das Zweifache gegenüber dem Juli und August gestiegen ist, bieten die Unternehmer ganze 35-50 Proz. Lohnzuschlag. Nur größtes Disziplingefühl hielt die Belegschaft davon ab, selbständige Schritte zu unternehmen. — Die Versammlungsleiter wurden beauftragt, den Hauptvorstand sofort von der Meinung der Belegschaft Mitteilung zu machen und aufzufordern, zum ersten möglichen Termin das Lohnabkommen zu kündigen und zu versuchen, mit allen Mitteln beim nächsten Abschluß die Scharte auszuweken. Die Belegschaft ruft sämtliche Porzelliner auf, sich zu rüsten für den bevorstehenden Kampf. Daß es in Zukunft nur Kampf bis zur Entscheidung geben kann, ist bei dem Gebaren der Arbeitgeber bei Lohnverhandlungen nicht anders möglich. — Ebenfalls ist es wohl eine Notwendigkeit, mit aller Bestimmtheit dahin zu wirken, daß die Verhandlungen in Zukunft ohne Schiedsgericht und „unparteiischen“ Vorsitzenden geführt werden, denn es hat den Anschein, als ob diese „unparteiischen“ Herren Vorsitzenden mit den Unternehmern mehr Mitleid haben, als mit den Arbeitnehmern. Sie dokumentieren es dadurch, daß sie ihre Vergangenheit vollständig vergessen haben, zum Teil standen sie früher nämlich auch im Arbeitnehmerlager.

Walbershof. In der Zahlstellenversammlung vom 6. September wurde Stellung zum neuen Lohnabkommen genommen. Im allgemeinen wurde gegen die ungenügende prozentuale Erhöhung scharfer Protest erhoben. Ferner hat sich die Zahlstelle dem Antrag der Zahlstelle Oschab in Nr. 35 der „Ameise“, „Offener Brief an den Hauptvorstand und alle Zahlstellen“, angeschlossen.

Berlin-Charlottenburg.

Betriebsräte! Betriebsoblen! Gewerkschaftliche Vertrauensleute!

Mehr denn je tut heute eine arbeitsrechtliche und wirtschaftliche Aufklärung der Arbeiterschaft not. Immer unübersichtlicher werden die wirtschaftlichen Verhältnisse, immer größer die Not der arbeitenden Klasse. Mit allen Kräften muß sie daher versuchen, sich die bisherigen Rechte zu erhalten und, um noch größere Verelendung zu verhüten, weit stärkeren Einfluß als bisher auf die Gestaltung der Wirtschaft zu gewinnen.

Kolleginnen und Kollegen! Wer diese Ziele ernsthaft zu erreichen strebt, darf es sich nicht an begeisterten Anrufen und radikalen Parolen genügen lassen, sondern er muß seine ganze Kraft daran setzen, sich für eine solche Wirksamkeit auch wirklich fähig zu machen. Denn nur wenn die Arbeitnehmerschaft dem Unternehmertum Menschen gegenüberstellen kann, die ihm an Kenntnissen und Fähigkeiten zumindest gleichgestellt, wenn nicht überlegen sind, wird eine Neugestaltung der Gesellschaft im Sinne des Sozialismus Wirklichkeit werden.

Darum ist es für jeden einzelnen von uns notwendig, mit ernster und tiefgreifender Bildungsarbeit zu beginnen. Um die Interessen unserer Kollegen in den Betrieben und darüber hinaus die Interessen der gesamten Arbeiterschaft wahrnehmen zu können, sind Kenntnisse auf den Gebieten des Arbeitsrechts, der Betriebs- und Volkswirtschaft unumgänglich. Sie zu erwerben, gibt die Betriebsräteschule allen freigewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit. Der neue Unterrichtsabschnitt, der 53 Kurse, darunter auch solche für Anfänger enthält, beginnt in der ersten Oktoberwoche. Unterrichtsverzeichnisse und Hörerkarten (zum Preise von 15 M., für Arbeitslose unentgeltlich) sind in den Ortsverwaltungen der Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften, sowie im Bureau der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Engelauer 24/25, 2. Hof, 1. erhältlich. Dort findet auch Montags und Freitags von 4 bis 7 Uhr eine Lehrberatungs-Sprechstunde statt, in der die Kollegen Auskunft über die Kurse und Hinweise auf eine systematische Ausbildung erhalten können.

Kolleginnen und Kollegen! Besucht die Kurse der Betriebsräteschule. Werbt in den Kreisen eurer Kollegen für die Idee der Bildungsarbeit. Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale.

Die Verteilung des Werbematerials für die Volkshochschule erfolgt ebenfalls durch die Freigewerkschaftliche Betriebsräte-Zentrale. Die Bestellung von Hörerkarten erfolgt am besten geschlossen durch die Betriebsräte für den ganzen Betrieb, da dies eine Unmenge von Wegen und Fahrgehalt erspart. Es genügt in diesem Falle, Art und Zahl der gewünschten Karten der Geschäftsstelle der Volkshochschule Groß-Berlin telefonisch anzufagen. Die Geschäftsstelle (Georgenstraße 34/36, am Bahnhof Friedrichstraße) ist täglich von 8 bis 3 Uhr, Sonnabends von 8 bis 2 Uhr, Freitags von 8 bis 6 Uhr geöffnet. Telefon: Zentrum 7691.

Bekanntmachung.

Verbands-Vorstandsmitglieder.

Wollmann, Georg, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
 Apel, Luise, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
 Karl, Albin, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
 Herden, Wilhelm, Charlottenburg, Rosinenstr. 4.
 Schlater, Ferdinand, Schöneberg, Hauptstr. 14, S. I.
 Breitenfelder, Otto, Berlin, Adalbertstr. 35, v. U.
 Hirsch, Richard, Teltow, Mühlendorferstr. 7.
 Schulz, August, Brunnewald, Bettinastr. 4.
 Krause, Wilhelm, Berlin S. 39, Stettinerstr. 14, v. U.
 Haufen, Hermann, Charlottenburg, Krummestr. 88.

Revisoren.

Müller, Karl, Berlin S. 54, Voedchstr. 52.
 Bzmer, Friedrich, Halensee, Friedrichsruherstr. 17.
 Henning, Otto, Halensee, Wornstedterstr. 8, v. part.

Mitglieder des Verbandsbeirates.

Brandt, Erich, Lagerarbeiter, Bonn a. Rh., Bornheimerstr. 78.
 Elmer, Louis, Geschäftsführer, Gräfenhal i. Thür., Coburgerstr. 26.
 Hirsch, Martin, Geschäftsführer, Waldenburg i. Schles., Hochwaldstr. 10.
 Herzer, Paul, Geschäftsführer, Weiden, Oberpfalz, Sonnenstr. 80.
 Meinhardt, Gustav, Geschäftsführer, Kahla, S.-U., Bergstr. 6.
 Meisch, Erhard, Geschäftsführer, Selb i. Oberfr., Gartenstr. 35.
 Bahl, Karl, Maler, Ilmenau i. Thür., Rodenhaus 23.
 Panno, Nikolaus, Maler, Dresden-U., Tonbergstr. 5.
 Melzer, Ernst, Brenner, Neuhaldensleben, Ringgraben 2.
 Krafesch, Jaroslaw, Dreher, Teltow b. Berlin, Hamburger Platz 1.
 Weber, Franz, Dreher, Kronach, Oberfranken.
 Herrmann, August, Dreher, Zell a. S., Baden, Fabrikasse.

Das Verbandsbureau.

Zur Beachtung!

Die gelbe statistische Karte für das 3. Quartal ist spätestens bis 4. Oktober ausgefüllt an das Verbandsbureau einzusenden. Als Stichtag gilt Sonnabend, der 30. September. Kranke dürfen nicht als Arbeitslose mitgezählt werden. Trotz aller Mahnungen müssen immer wieder eine Anzahl Zahlstellen als Säumige aufgezählt werden. Die Mitglieder möchten ihre Verwaltungen selbst mit ermahnen, damit die Meldungen rechtzeitig einlaufen und ein genaues Bild von unserer Mitgliederbewegung geben. Das letztemal haben nicht gemeldet: Darmstadt, Emmerich, Goldlauter, Hausen, Ilmenau, Kleinbembach, Mannheim, Delsnitz, Osterode, Reichenbach, Rodach, Schlierbach, Schmiedeberg II, Schweidnitz, Stanowitz, Steinbach, Triptis. Die noch Säumigeren, die schon zweimal nicht gemeldet haben, sind: Amberg, Arnstadt, Auma, Eisfeld, Frankfurt a. M., Frauenth, Geringswalde, Großalmerode, Hirschau, Hornberg, Köpplendorf, Müps, Sampringe, Lauf, Lettin, Meiningen, Mutischen, Nassa, Netphen, Olfenburg, Ratingen, Rheinbach, Rösau, Schwandorf, Schwarzenfeld, Staffel, Thiersheim, Velten, Waldbassen.

Versammlungs-Anzeigen.

Berlin-Charlottenburg. Emailebranche am 5. Oktober, abends 5 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21: Versammlung.
 Tiefenfurt. Die Zahlstelle Tiefenfurt hat am Sonnabend, den 7. Oktober, abends 8 Uhr, in der Brauerei Versammlung.

Adressenänderungen.

Lauf b. Nürnberg. Kassierer: Georg Kappelmeier, Lauf bei Nürnberg, Am Röhr Nr. 3.
 Oschab. Schriftführer: Alfred Heide, Oschab, Gartenstr. 1.
 Weisiger: Karl Zimmer.
 Schleusingen. Vorsitzender: Ludwig Amarell, Forner, Reile II.
 Kassierer: August Baumeier, Forner, Eiskelberstr. 27.
 Schönwald. Kassierer: Hans Werner, Schönwald, Nr. 155, Oberfranken.
 Triptis. Vorsitzender: Johann Klein, Dreher, Geraerstr. 14; Schriftführer: Otto Döring, Dreher, Keodorastr. 17.

Sterbetafel.

Bonn. Peter Hardy, Maler, geboren am 28. Dezember 1863, gestorben am 1. August an Herzschwäche. Mitglied seit 1919.

— Josef Ark, Maler, geboren am 29. Mai 1857, gestorben am 8. September an Arterienverkalkung. Mitglied seit 1918.

Gräfenhal-Reichmannsdorf. Paul Jahn, Porzellanarb., geboren am 16. Oktober 1870 in Reichmannsdorf, gestorben am 5. September an Lungenleiden. Mitglied seit 1919.

Kahlütte. Emil Ludwig, Forner, geboren am 5. Jan. 1854 in Delze, gestorben am 22. August an Herzschwäche und Wassersucht. Mitglied seit 1882.

Dhrdnf. Margarethe Postel, Malerin, geboren am 30. Dezember 1906 zu Voilstedt, gestorben am 26. August an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1921.

Schorndorf. Anna Schmidt-Uwarter, nicht Aufwarterin, wie in Nr. 38 zu lesen war, geboren am 14. Januar 1898, gestorben am 18. August an Lungenleiden und Geburtsfolgen. Mitglied seit 1921.

Sophienau. Eduard Just, Hofarbeiter, geboren am 8. März 1896 zu Freiburg, gestorben am 30. August an Herzschlag. Mitglied seit 1921.

Weiden. Franz Kirnthaler, geboren am 18. Jan. 1901, gestorben am 9. September an einem Unglücksfall. Mitglied seit 1922.

Ehre ihrem Andenken!

Quittungen.

Für unser Mitglied Friedr. Schoof, Neuhalbensleben, gingen noch ein vom Kollegen Max Vär, Althalbensleben, 30,—; bereits quittiert 2050,—; Summa 2080,— Mk. Die Sammlung ist geschlossen. Die Verwaltung der Wahlstelle Neuhalbensleben. J. U.: **F r i e d r. S c h o o f**, Kassierer.

Für die Kollegin Schöllhauser, Schornborn, gingen nachträglich noch ein: Colbitz 20,—; Schlierbach 50,—; Hermzdorf 50,—; Reichenbach 20,—; Brambach 15,—; Grünhain 20,—; Bell/Sarmerbach 100,—; bereits quittiert 1550,—; Summa 1875,— Mk. Die Verwaltung der Wahlstelle Schornborn. J. U.: **K a r l S t ä n g l e**, Kassierer.

Für unser krankes Mitglied Max Ferschl gingen nachträglich von der Wahlstelle Stauenstein noch ein 25,—; bereits quittiert 1575,—; Summa 1600,— Mk.

Für die Wahlstelle Armmenaab. J. U.: **K a r l K ä s**, Kassierer.

Für die kranken Mitglieder Weisheitinger, Winfi und Augustin nebst Frau gingen noch Beiträge ein: Colbitz 80,—; Grünhain 40,—; Summa 475,— Mk.

Allen Gebern besten Dank.

Für die Wahlstelle Rausau. J. U.: **A u g u s t S c h a l l e r**, Kassierer.

Arbeitsmarkt.

Die Bewerber mögen beachten, daß die Redaktion die Namen der neuer Schiffe inserierenden Firmen nicht mitteilen darf. Diesbezügliche Anfragen sind zwecklos. Die Bewerbungsschreiben müssen in einem freigelegten Umschlag (Porto 3 Mk.), wenn sie den Firmen übermittelt werden sollen, der Redaktion der „Ameise“ zugesandt werden.

Ab 1. September kostet für Geschäftsleute die einpässige Zeile im Arbeitsmarkt für das jedesmalige Erscheinen 10 Mk. Die Inserenten mögen das beachten. Für arbeitssuchende Kollegen ist der Arbeitsmarkt nach wie vor frei. Redaktion „Die Ameise“.

Wir suchen für unseren erweiterten Betrieb:

1. Einen jüngeren, fleißigen, an selbständiges und präzises Arbeiten gewöhnten

Modellleur

der auf dem Gebiete der Isolatorenbranche für Nieder- und Hochspannung durchaus Nüchternes leistet. Erfahrung in der Geschirrbauindustrie erwünscht, jedoch nicht Bedingung. Die Stellung ist angenehm und dauernd bei guter, zeitgemäßer Bezahlung.

2. Einen flotten und sicher arbeitenden

Kapseldreher

welcher alle in Frage kommenden Kapseln, rund und oval, zu drehen imstande ist.

3. Einige gewandte und fleißige, an sauberes Arbeiten gewöhnte

Isolatordreher

für Nieder- und Hochspannungs-Isolatoren.

4. Einige tüchtige, erfahrene und zuverlässige

Ofenbrenner und Seher

für Porzellan-Brennöfen mit überschlagender Flamme.

5. Einen tüchtigen, erfahrenen

Matrizenchlosser

welcher nach Zeichnung saubere Präzisionsarbeit leistet.

Es kommen nur nüchterne und zuverlässige Leute in Frage und ist ernsthaften Bewerbern Gelegenheit geboten, sich bei uns eine dauernde, angenehme Position bei gutem zeitgemäßen Verdienst zu erwerben. Ledige Bewerber erhalten (wegen Wohnungsmangel) den Vorzug.

Angebote mit Zeugnisabschriften, Angabe des Alters und Familienstandes, sowie frühestem Eintrittsdatum erbeten an

Niederfachwerke Akt.-Ges., Campringe (Hann.).

Kapseldreher (Kundkapsel), ledig, 23 Jahre alt, der Elektro-Porzellanindustrie, sucht anderweitig Stellung als solcher, um sich auch als Isolatordreher einzurichten. (Er kann auch auf Schubscheibe arbeiten.) Angebote unter „Kapseldreher“ an die Redakt. d. „Ameise“.

Dreher, 30 Jahre alt, verheiratet, in allen einschlägigen Arbeiten der Dreherei und Gießerei behens eingearbeitet, sucht seine Stelle zu verändern. Wohnung erwünscht. Arbeitsangebote an die Redaktion der „Ameise“ unter „N. 4“.

Tüchtiger Schmelzer (leug) sucht Stelle. Bewerbungsschreiben unter „S. 100“ durch die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Tüchtiger, junger, lediger, tüchtiger, ledig, der tüchtiges in seinem Fach leistet, sucht anderweitig gute und passende Stellung. Zeugnisse stehen zur Verfügung. Offerten unter „G.“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Älterer, salber, ledig, tüchtig, in allen vorkommenden Arbeiten einer Porzellanfabrik, perfekt in allen gebräuchlichen Schriftarten, Monogrammen, feinem dekorierten Porzellschiff u. a., sucht passende Stellung für dauernd. Offerten unter „A. S. B.“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Jünger, lediger Kapseldreher, 23 Jahre, wünscht in einem größeren Betrieb als Praktikant unterzukommen, auch im Ausland. Angebote sind zu richten an die Redaktion der „Ameise“ unter „N. 20“.

Selbständiger Brenner, Schmelzer für Fährbringernebel, wird sofort eingestellt. Wegen Wohnungsmangel kommen nur Ledige in Frage. Angebote sind zu richten an die Wahlstelle Mannheim, Ferdinand Bromann, Beilstr. 26, II.

Ein sehr guter Maler und Zeichner, jetzt in einem staatlichen Bauamt, wünscht mit einer Porzellanfabrik in Verbindung zu treten wegen einer Stellung in einer Porzellanfabrik als Zeichner oder Plattenstecher. Er ist auch bereit, als Maler zu lernen. Zeichnungen stehen zur Verfügung. Angebote sind unter „E. U.“ an die Redaktion des Blattes zu richten.

Geschäfts-Anzeigen.

Ab 1. August kostet für Geschäftsanzeigen der Raum einer Zeile in Spaltenbreite 15,— Mk. Die Inserenten mögen das beachten.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Asche — Pinsel — Flaschen — Malerrückstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II.
— Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse. —

Goldschmied, Goldlappen, Goldflaschen sowie alle Goldabfälle und Silberschlamm

kauft ständig zu höchsten Tagespreisen

Kurt Rottmann

Stadtilm (Thüringen), Bahnhofstraße 1.

Goldhaltige Lappen — Asche — Schmiere Pinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zahle 10—20 Pf., je nach Gehalt, bei größeren auch bedeutend mehr), überhaupt alle Malerrückstände und ausgebranntes Gold kauft die Scheideanstalt von

Max Haupt, Dresden-A., Königsplatz 17.

Gold — Lappen — Abfälle

zahle allerhöchste Tagespreise. Poliergoldschale à Gramm 300 Mk. und mehr, je nach Prozentgehalt. Glanzgoldschale 180 Mk.

— Eigene Schmelzanlage. — Sofort Kasse. —

Andreas Geier, Selb, Oberstr., Goldarbeiter.

Goldschmied, goldhaltige Lappen, Asche, Flaschen und Pinsel kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen

Kurt Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen

Emil Theimer, Langewiesen b. Jm., Thür.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Asche, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle. Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel 30—50 Pf., für leere Poliergoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gramm, 50—100 Pf., je nach Inhalt. Bei den hohen Postgebühren will ich es meiner werten Kundschaft ermöglichen, mir die Exene zu wahren, indem ich derselben die Gebühren zurückerstatte. Eine weitere Berücksichtigung erbittet

A. Langhammer, Wilkau b. Wida, Sachsen.

Kauft noch Schwämme — der Dollar steigt!

Offerierte hierdurch noch zu Uebergangspreisen für Dreher Hygocasschwämme, das Stück zu 50, 70, 100, 150, 200 Mk. und höher; Sevantiener Glasur- und Garnierungsschwämme von 25 bis 150 Mk.; große, feinste glatte Rhipidiner Elephantenohren, das Kilo 4000 Mk.; prima faustgroße Cayos- oder Keef-Form-Schwämme, das Kilo, 50—60 Stück enthaltend, 2400 Mk.; handgroße Hartbohrschwämme, mittlere Qualität, für Steingut und Gießerei, das Kilo 900 Mk.; weiche handgroße prima Woolschwämme, das Kilo, zirka 60 Stück, 2400 Mk. Versand in geschlossenen kleineren und größeren Posten, zahlbar nach 1—3 Monaten. S. Michelsohn, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 42.

Emil Böhm, Goldscheide-Anstalt, Eisenberg i. Thür. (gegr. 1891), kauft samtl. Goldabfälle, wie Glanzgold, Goldschmiere, Lappen, Asche, leere Glanz- und Poliergoldflaschen, Bruchgold und Bruchsilber. Zahle z. B. für Glanzgoldschale 250 Mk. und mehr für 1 Gramm: für Poliergoldschale 400 Mk. und mehr pro Gramm, je nach Goldprozentgehalt; alle übrigen Sachen die höchsten Ankaufspreise. — Aeltestes Geschäft dieser Art. — Streng reelle und pünktliche Bedienung. — Prospekt gratis und franko. — Ankäufer überall bei hoher Provision gesucht.

Exp. Mk. Best. Besten.	<p>Gold, Platin und Silberabfälle aller Art</p>  <p>Preisliste kauft</p>	Gold-, Platin-, Silber- preis auf Anfrage
<p>sortiert, Zwickau i. S., Osterweibstr. 32.</p>		

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Edwin Kenninger, Charlottenburg, Rosinenstr. 4

Druck und Verlag:
E. Sanitzewski, Berlin SO., Elisabeth-Ufer 28/29.